

BERLINER RUND SCHAU

CHARAKTERISTISCH • DEUTLICH • UNVERFÄLSCHT

33. Jahrgang • 6. Ausgabe

SOMMER 2007

WIE SIEHT ES AN BERLINER SCHULEN NACH DER SOMMERPAUSE AUS? TITEL UND SEITE 5



Schlusslicht im PISA-Vergleich, Unterrichtsausfall, Personalmangel, Bürokratieüberlastung und Gewalt – die Situation an den Berliner Schulen ist alarmierend.

Vor allem die zunehmenden, immer brutaleren Gewaltvorfälle machen ein effektives und angstfreies Lernen an vielen Schulen unmöglich. Die Entscheidung des Neuköllner Bezirksamtes, einen pri-

vaten Sicherheitsdienst an den Schulen einzusetzen, kann jedoch keine dauerhafte Lösung sein. „Ich verstehe das als Hilferuf und Signal für das Scheitern der Schul- und Integrationspolitik des rot-roten Senats“, kommentierte der CDU-Generalsekretär und innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, Frank Henkel, die Entscheidung des Neuköllner Bezirksamtes.

Schöne Ferien

AUF KLAREM KURS

INTERVIEW MIT



CDU-CHEF
INGO SCHMITT
SEITE 5

Der Einsatz eines privaten Wachschutzes für Berliner Schulen dürfe aber keine Dauerlösung sein, da der Schutz der Bevölkerung vor Gewalt originäre Aufgabe der Berliner Polizei sei, so Henkel. „Hätte Rot-Rot nicht einen solchen personellen Raubbau bei den Vollzugsbeamten betrieben, dann wäre eine Debatte über private Sicherheitsleute heute überflüssig“, kritisierte Henkel. Auch die CDU-Kreisvorsitzende von Neukölln, Stefanie Vogelsang, übte Kritik am rot-roten Senat: SPD und PDS hätten durch „jahrelanges Kaputtsparen

sollten vielmehr in die Stärkung der Polizei investiert werden, schlug CDU-Generalsekretär Henkel vor. Daneben könne der Freiwillige Polizeidienst vor Schulen eine zusätzliche Schutzfunktion übernehmen, um die Polizei zu entlasten. Doch wie bereits in der Vergangenheit lehnte Rot-Rot die Forderung der CDU nach Wiedereinführung des Freiwilligen Polizeidienstes ab. Wäh-



Frank Henkel (Mitte), Marlies Wanjura (l.) und Stefanie Vogelsang (r.) auf der Pressekonferenz.

der Sicherheitsdienste eine Eskalation der Gewalt auf Schulhöfen in Kauf genommen“. Die für den privaten Wachschutz notwendigen Finanzmittel, die sich allein in Neukölln auf einen siebenstelligen Betrag belaufen dürften,

rend SPD und PDS die Probleme „viel zu lange kleingeredet“ haben (Henkel), hat die CDU-Fraktion jetzt eine Kommission eingesetzt, die in den kommenden zwei Jahren einen „Masterplan Bildung“ erarbeiten soll. weiter Seite 5



BERLINER SPD MIT DRAMATISCHEM LINKSRUCK



HENKEL REDET KLARTEXT

Nach dem desaströsen Start von Rot-Rot II schienen Wowereits bundespolitische Ambitionen endgültig begraben zu sein. Er war auf ein Zentimetermaß geschrumpft, als er im ersten Anlauf bei der Wahl zum Regierenden Bürgermeister an den eigenen Genossen scheiterte. Sein Schweigen zu den wichtigen Problemen der Stadt und viele peinliche Fehlritte haben ihm bundespolitisch jegliches Gewicht genommen. Doch nun schlägt Wowereit zurück und fällt dabei der eigenen Bundespartei brutal in den Rücken. Bislang hatten SPD-Größen wie Beck, Struck und Steinbrück einer Koalition mit der Linkspartei im Bund eine klare Absage erteilt. Auf ihrem letzten Landesparteitag haben Wowereit und die Berliner SPD einen solchen Pakt nun ganz offiziell enttabuisiert. Der Berliner Landesverband driftet damit noch weiter nach links und entfernt sich immer stärker von den althergebrachten Prinzipien der Sozialdemokratie. Dieser dramatische Ruck gipfelte in der Bemerkung Wowereits: „Wir sind die Partei des demokratischen Sozialismus.“ Die offene Anbiederung an die Truppe von Hetzredner Lafontaine ist jedenfalls unerträglich. Eine solche Konstellation wäre Gift für unser Land. Bei der Linkspartei, die offen die ‚Systemfrage‘ stellt, Verstaatlichungen propagiert und kommunistischen Diktatoren huldigt, stellt sich die Frage, ob sie auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Herr Wowereit hat sich dennoch entschieden, das Schicksal der SPD mit der Linken von Lafontaine und Gysi zu verknüpfen. Solange der eigene Machterhalt in Berlin gesichert ist, hat der Regierende Bürgermeister offenbar kein Problem damit, dass seine Bundespartei unter dem Druck der Demagogen von Linksaßen zerrieben wird.

UNSOZIALE BÜROKRATIE

Seit dem 1. März dieses Jahres ist die „Verordnung zur Kennzeichnung emissionsarmer Kraftfahrzeuge“ in Kraft.

Die aus der Feder von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) stammende Verordnung, an der der Bundestag nicht mit-

gewirkt hat, überlässt den Umfang der Verkehrsbeschränkungen dem Ermessen der jeweiligen Kommune oder Landesbehörde.

„Ein folgenschwerer Fehler“, meint der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner (CDU) und weist auf die rigiden Rege-

lungen des Berliner Senats. Diese beinhalten weder generelle Ausnahmen für Benzinfahrzeuge, die gar keinen Feinstaub freisetzen, noch für Anwohner, Oldtimer oder Gewerbetreibende. Im Gegenteil – nach Plänen des Senats werden nur sehr begrenzt Ausnahmen auf Einzelantrag erteilt, die auch nur für einen Zeitraum von 18 Monaten gelten. „Bürokratie pur und darüber hinaus sozial ungerecht“, winkt Wegner ab und ergänzt: „So werden Anwohner von Umweltzonen, die im Besitz älterer Fahrzeuge sind, innerhalb kürzester Zeit gezwungen, sich ein neues Fahrzeug anzuschaffen oder aber ganz auf ein Auto zu verzichten“. Diese soziale Ungerechtigkeit verbunden mit der Tatsache, dass vorrangig kleine Handwerksunternehmen bedroht und Anwohner de-

facto enteignet sowie Oldtimerbesitzer unverhältnismäßig belastet würden, führte zu einer schnellen Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vom Koalitionspartner SPD allerdings zurückgewiesen wurde. Wegner: „Nicht einmal auf ein stark reduziertes Kompromisspapier, das die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vorsah, haben sich die Sozialdemokraten eingelassen“. Er baut trotz der verfahrenen Situation auf ein Einlenken der SPD-Bundestagsfraktion. Vom Berliner Senat zumindest, da ist der Spandauer CDU-Bundestagsabgeordnete überzeugt, sollte man lieber nichts erwarten.



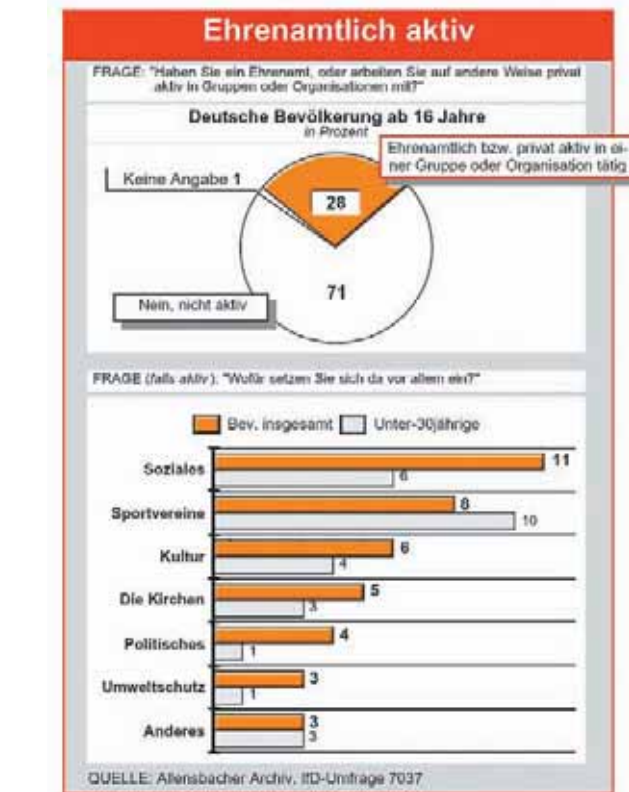
Kai Wegner

UNION ENGAGIERT SICH FÜR DAS EHRENAMT

Jeder kennt sie: die Freiwilligen Feuerwehren. Ohne das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitglieder würden die Feuerwehrautos bei einem Brand in ihren Unterständen bleiben.

Dies ist nur eines von zahlreichen Beispielen für uneigennützig Helfer in Deutschland: Insgesamt sind 23 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen aktiv. Dieses Engagement anzuerkennen und zu unterstützen, habe sich die CDU zum Ziel gesetzt, erklärt der Berliner Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka.

Deshalb habe die Große Koalition einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher am 6. Juli abschließend vom Bundestag beraten wird. Die wesentlichen Änderungen sind eine Anhebung des Übungsleiterfreibetrags (von 1848 auf 2004 Euro), Einführung einer steuer-



freien Aufwandspauschale für ehrenamtliche Vereinsvorstände (420 Euro im Jahr), wesentlich verbesserter Spendenabzug bei der Einkommensbesteuerung, der abziehbare Höchstbe-

trag für Spenden an Stiftungen wird auf eine Mio. Euro erhöht, die Besteuerungsgrenze für Einnahmen von Vereinen wird auf 35.000 Euro heraufgesetzt und die Betragsgrenze für

den erleichterten Spendennachweis wird von 100 auf 200 Euro erhöht. Außerdem sind Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine weiterhin als Sonderausgaben abzugsfähig. „Dass dies auch bei geringfügigen Gegenleistungen (z.B. in Form von Freikarten) gilt, lag mir in dem Gesetzgebungsverfahren besonders am Herzen“, sagt Peter Rzepka. Der CDU-Bundestagsabgeordnete weiter: „Der Entwurf lädt zu mehr bürgerschaftlichem Engagement ein und belastet den Bürger mit so wenig Bürokratie wie möglich. Dies ist ein Kernanliegen unserer Politik, welches wir in den Verhandlungen mit dem



Peter Rzepka

Koalitionspartner mit Nachdruck verfolgt haben und verfolgen werden.“ Möglicherweise können, so Rzepka, noch Verbesserungen beim Übungsleiterfreibetrag und bei der steuerfreien Aufwandspauschale erreicht werden. Das Gesetz soll rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft treten.

SCHMITT: GEGEN SCIENTOLOGY-UNTERWANDERUNG

Seit der Eröffnung der Hauptstadtrepräsentanz von Scientology im Januar dieses Jahres reißen die Diskussionen um die umstrittene Glaubensgemeinschaft nicht ab.

Die Sekte versucht beharrlich, mit äußerst geschickten Strategien ständig neue Mitglieder zu werben. Umweltverschmutzung, Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit oder Unmoral – Lösungen für fast alles werden versprochen. Die Filiale in der Otto-Suhr-Allee liegt im Bundestagswahlkreis und Kreisverband des CDU-Landesvorsitzenden Ingo Schmitt. Er beobachtet seit Monaten mit großer Sorge das Treiben der Sekte: „Fest steht, dass Scientology nach weitgehend übereinstimmender Meinung von Experten die Schaffung eines totalitären Systems anstrebt, dass den Grundsätzen unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung eindeutig widerspricht. Umso erschreckender ist es, dass nun auch noch Tom Cruise als engagierter Scientologe die Rolle des Widerstandskämpfers Claus Schenk Graf von Stauffen-

berg übernimmt und sich als Drehort ausgerechnet Berlin ausgesucht hat. Stauffenberg war ein unabhängiger Geist, der in der dunklen Zeit des Nationalsozialismus Mut und Rückgrat bewies. Er steht für Freiheit, Gewissen und christliche Werte. Skandalös, dass nun die



Großes Medien-Interesse an der CDU-Veranstaltung.

Geschichte dieses ehrbaren Mannes durch einen Schauspieler erzählt wird, der massiv für eine Sekte wirbt, die keine demokratischen Ziele verfolgt. Es wurde höchste Zeit, dass der rote Senat reagiert und Scientology wieder ins Visier des Verfassungsschutzes genommen hat.“ Aufgrund von zwei Urteilen des Verwaltungsgerichtes musste der Berliner Verfassungsschutz vor vier

Jahren die Beobachtung von Scientology einstellen. Damals konnte man nicht nachweisen, dass die Sekte aktiv gegen die Werte im Grundgesetz verstoßen hat. Durch die Eröffnung der Hauptstadtrepräsentanz hat sich jedoch die Sachlage entscheidend verändert. Nur mit der Einschaltung des Verfassungsschutzes möchte sich aber der CDU-Landesvorsitzende nicht zufrieden geben. Er setzt sich derzeit aktiv dafür ein, dass Scientology keine Möglichkeit erhält, die CDU ideologisch

zu unterwandern: „Um zu verhindern, dass die Sekte langfristig versucht ihre Mitglieder in demokratische Parteien einzuschleusen, um Einfluss auszuüben, habe ich beim zuständigen Justiziar der CDU Deutschlands um Prüfung gebeten, ob künftig eine Mitgliedschaft in der CDU an die Erklärung gekoppelt werden kann, dass man kein Mitglied von Scientology ist. Der immer stärker werdende Einfluss

der Sekte muss dringend ernst genommen werden und ich hoffe, dass die anderen Parteien sich an dem Engagement der Berliner CDU orientieren und entsprechend reagieren. Zur Verdeutlichung der Situation verweise ich auf die Bewertung von Hamburger Verfassungsschützern, die zu der Aussage kommen, dass die bisher anfallenden Erkenntnisse über den Geheimdienst- und Propagandaapparat der Scientology-Organisation das Bild einer Organisation skizzieren, die von einem fast unbezwingbar erscheinenden Willen beseelt ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine nicht mehr antastbare politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtposition zu erlangen. Insofern steht also zu befürchten, dass Scientology auch weiterhin alle Maßnahmen ergreifen wird, um sich Zugang zu den unterschiedlichen Institutionen zu verschaffen. Deshalb werde ich mich auch in Zukunft mit Nachdruck auf Bundes-, Landes- und Kreisebene für die CDU und gegen die Unterwanderung durch Scientology einsetzen.“

WOWEREIT HAT WOHL UND WEHE TEMPELHOFS IN DER HAND

„Die Rücknahme der Feststellungsklage der Deutschen Bahn AG auf Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof bedeutet keine Veränderung bezüglich unserer Forderung an den Berliner Senat, endlich die politische Entscheidung zu treffen, gemeinsam mit dem Land Brandenburg eine Änderung des Landesentwicklungsplans zu prüfen. Überdies hat die Bahn bereits erklärt, dass sie bei einem entsprechenden politischen Willen bereit sei, in einem Gesamtkonzept für den Standort Tempelhof den Flughafenbetrieb zu übernehmen. Die Entscheidung über Wohl und Wehe Tempelhofs liegt in der Hand Klaus Wowereits“, sagt der Vorsitzende der CDU-Frak-

tion, Dr. Friedbert Pflüger. Die Offenhaltung Tempelhofs sei keine juristische Entscheidung, sondern die Landesregierungen in Berlin und Potsdam hätten es in der Hand, ob Tempelhof schließen müsse. Laut des vorliegenden Gutach-



Tempelhof ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern auch historisches Symbol. Friedbert Pflüger mit Gail Halvorsen (ehemaliger „Candy“-Pilot während der Luftbrücke, der Schokolade über Berlin abwarf). Die beiden trafen sich bei der Eröffnung der Reagan-Ausstellung im Alliierten-Museum in Zehlendorf.

tens im Auftrag des Bundesfinanzministeriums hätte eine Änderung des Landesentwicklungsplans keine Auswirkung auf den Planfeststellungsbeschluss und damit auf den Ausbau des Großflughafens BBI. Es gebe auch keinerlei juristische Bedenken, Tempelhof über den vom Senat gesetzten Schließungstermin Oktober 2008 hinaus offen zu halten. „Alle Gutachten von Rechtsexperten sagen, dass es bis zur Eröffnung von BBI keine Notwendigkeit einer Schließung Tempelhofs gibt. Wir hätten also genug Zeit, uns mit den vorliegenden Konzepten zur sinnvollen Nutzung des

Gebäudes und Flugfeldes zu beschäftigen“, mahnte Pflüger. „70 Prozent der Berliner stehen hinter uns!“ Er kritisierte den Regierenden Bürgermeister und den roten Senat heftig für deren inakzeptablen Umgang mit potentiellen Investoren: „Die Absage der Investoren Lauder/Langhammer an den Standort Berlin ist eine schallende Ohrfeige für den Klaus Wowereit. Er, und kein anderer trägt die Verantwortung dafür, dass Berlin eine Investition von 350 Mio. Euro und 1000 neue Arbeitsplätze entgehen. Die Financial Times Europe hatte Recht, als sie am 9. Dezember 2006 in einem Artikel über die ungehörige Art des Umgangs Wowereits mit den Investoren den Regierenden Bürgermeister als einen „notorious business-basher“ („notorischer Wirtschaftskritiker“) bezeichnete.“ Fortsetzung Seite 5

IN KÜRZE

Europaweites Lob

Für die deutsche Ratspräsidentschaft gab es großes Lob aus allen Ländern der EU. Wegweisende Klimabeschlüsse, Bürokratieabbau, die Ausweitung des Schengen-Abkommens oder geringere Gebühren beim grenzüberschreitenden Telefonieren mit Handys – all das wird jedoch vom Kompromiss zur EU-Verfassung in den Schatten gestellt, den Bundeskanzlerin Angela Merkel als Vorsitzende federführend ausgehandelt hat. Weltweit wurde dies als diplomatische Meisterleistung gewürdigt.

Pensionen für SED-Opfer

Als einen echten Erfolg hat Arnold Vaatz MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die vom Bundestag nun beschlossenen Pensionen in Höhe von 250 EUR für Opfer der SED-Diktatur bezeichnet. „Ich halte das Gesetz für eines der bedeutendsten Signale, das wir in Bezug auf das Bekenntnis zu unseren eigenen demokratischen Werten in der letzten Zeit abgegeben haben.“, so Vaatz vor dem Deutschen Bundestag.

Merkel für „soziale Kapitalpartnerschaft“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Vorschläge der Sozialausschüsse CDA und CSA zur Beteiligung von Mitarbeitern an eigenen Unternehmen auf der 60-Jahr-Feier der CSA in Nürnberg begrüßt. Bis zu 1.000 Euro jährlich sollen Arbeitnehmer steuerbegünstigt im Unternehmen anlegen können. Davon sollen 500 Euro komplett steuer- und sozialabgabenfrei sein, weitere 500 Euro sollen nachgelagert besteuert werden. Die Wirtschaftsminister aus Bayern und Nordrhein-Westfalen, Erwin Huber (CSU) und Karl-Josef Laumann (CDU) hatten das Modell Ende Juni vorgestellt.



„FINANZEN SANIEREN - POLITIK GESTALTEN“

MITGLIEDERKONGRESS DER CDU BERLIN

„Finanzen sanieren - Politik gestalten – Unsere Alternativen“ – unter diesem Motto fand am 18. Juni der erste von insgesamt drei geplanten Mitgliederkongressen der CDU Berlin statt. Auf der außerordentlich gut besuchten Veranstaltung diskutierten namhafte Experten aus

Die Veranstaltung, die an die ABS-Kongress-Reihe zu den Themen Arbeit, Sicherheit und Schule aus dem Wahlkampf anknüpfte, war ein voller Erfolg. Fast 400 Teilnehmer drängten sich an diesem Montagabend im überfüllten Saal der Katholischen Akademie in Berlins Mitte. Auch in der Presse fand die Veranstaltung

sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt, der Berliner Fraktionsvorsitzende Dr. Friedbert Pflüger, Prof. Dr. Charles B. Blankart von der Humboldt Universität, Dr. Mercedes Hillen (Vizepräsidentin der IHK Berlin), Dr. Maria Kunstmann (Hauptgeschäftsführerin Gesamtmetall), Doro Zinke (stv. Vorsitzende

„Die rot-rote Regierung geht verantwortungslos mit der Schuldsituation Berlins um“, stellte Ingo Schmitt zu Beginn des Kongresses fest. Angesichts der prekären Haushaltslage der Stadt und der Tatenlosigkeit des Senats, sehe sich die CDU Berlin in der Verantwortung, eigene seriöse Vorschläge zur Konsolidierung des Haushalts zu erarbeiten. Alexander Kaczmarek zeigte in seinem Vortrag die Entwicklung und die Prognosen für die Berliner Finanzen sowie die vom rot-roten Senat eingeleiteten Fehlentwicklungen auf. Die dauerhafte Konsolidierung des Berliner Haushalts sei nur durch weitere Privatisierungen – vor allem bei den landeseigenen Wohnbaugesellschaften – möglich, so Kaczmarek in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesfachausschusses Finanzen. Ministerpräsident Georg Milbradt sprach aus eigener Erfahrung und unterstützte diesen Standpunkt. Man schaue mit großer Sorge auf die Politik der Verschuldung durch den Berliner Senat. „Die Ausgaben im Landes-



Alexander Kaczmarek, Vorsitzender des Landesfachausschusses Finanzen

haushalt sollten sich an den Einnahmen orientieren“, so Milbradt. Fraktionsvorsitzender Pflüger unterstrich die Notwendigkeit des Verkaufs von Landesvermögen, mahnte aber auch die Solidarität der anderen Bundesländer an und betonte die soziale Komponente bei Privatisierungen. Landesvorsitzender Ingo Schmitt stellte klar, dass BSR und BVG für ihn nicht zur Debatte ständen. Die Diskussion in der CDU wird weiter geführt.



CDU-Generalsekretär Frank Henkel



Ein sachkundiges Podium (v.l.n.r.): Dr. Maria Kunstmann, Prof. Dr. Charles B. Blankart, Doro Zinke, Dr. Friedbert Pflüger, Christine Richter, Prof. Dr. Georg Milbradt, Dr. Mercedes Hillen und Alexander Kaczmarek.

Wirtschaft, Politik und Wissenschaft Wege aus der Schuldenfalle und zeigten Alternativen zur Konzeptlosigkeit des rot-roten Senats auf.

breite Resonanz. Auf Einladung des Landesvorsitzenden der CDU Berlin, Ingo Schmitt, und unter Leitung der Journalistin Christine Richter diskutierten der

DGB Berlin-Brandenburg) und Alexander Kaczmarek (Finanzexperte aus dem CDU-Kompetenzteam 2006) über Auswege aus der Berliner Haushaltsmisere.



Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt begrüßt den sächsischen Ministerpräsidenten.



„BERLINER CDU AUF KLAREM KURS“

BR: Herr Schmitt, Sie wurden gerade erst wieder mit sehr gutem Ergebnis zum Landesvorsitzenden Ihrer Partei gewählt, was haben Sie sich für die kommenden zwei Jahre vorgenommen?

Schmitt: Die Berliner Union, deren Vorsitzender ich sein darf, hat sich viel vorgenommen. Zunächst einmal ist es in der Politik wie beim Rudern. Ohne dass sich alle gemeinsam kräftig in die Riemen legen, geht es nicht. Und dann gibt es noch einen, der die Schlagzahl vorgeben muss. In dieser Art von Mannschaftssport ist unser und mein Ziel klar: Rot-Rot muss abgelöst werden. Spätestens bei den nächsten Wahlen 2011.

BR: Aber wie wollen Sie das erreichen, Klaus Wowereit sitzt mit seiner Koalition doch fest im Sattel?

Schmitt: Rot-Rot hat eine äußerst knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Oskar Lafontaine, der neue Bundesvorsitzende der „Linken“, wie sich die mehrfach gehäutete SED jetzt nennt, propagiert nicht nur einen neuen Sozialis-

mus-Versuch, sondern wird auch Unruhe in die rot-rote Koalition bringen. Der Regierende Bürgermeister hat sozusagen seine hauseigene Opposition, die es sich nicht noch einmal bei einer Wahl leisten kann, 9,2 Prozentpunkte zu verlieren. Umfragen, auf die ich zwar nur begrenzt etwas gebe, sehen immer wieder Rot-Rot ohne Mehrheit. Also, Wowereit sitzt zwar auf einem hohen Ross, aber keineswegs fest im Sattel.

BR: Der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedbert Pflüger sieht neue Mehrheiten unter dem Stichwort „Jamaika“, also in der Zusammenarbeit von CDU, FDP und Grünen. Man liest, dass dies und einzelne Themen zu Diskussionen in der Partei Anlass geben.

Schmitt: Zunächst einmal stimmt es zweifelsohne, wenn die Umfragen für Rot-

Rot keine Mehrheit sehen, gibt es eine rechnerische für die Oppositionsparteien. Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger. Ob es nach der nächsten Wahl rechnerisch und inhaltlich für eine andere Mehrheit unter Führung der Union reicht, werden wir dann zu beurteilen haben. Punktuell funktioniert eine Zusammenarbeit heute schon im Parlament. Mit Friedbert Pflüger gibt es einen anerkannten und überzeugenden Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus und unsere Fraktion gibt in wesentlichen Teilen die Themen der politischen Auseinandersetzung vor. Tempelhof, Scientology, Innere Sicherheit, Ehrenbürgerwürde Biermanns, Justizskandale etc. Die inhaltliche Linie der Union ist bei allen Themen klar. Außerdem, lassen Sie mich beim Ruder-Beispiel bleiben, wir sitzen alle im selben Boot und es wird immer nur eine Richtung geben. Wir müssen unseren Kompass nicht neu ausrichten, aber eine Partei die nicht in der Sache diskutiert, ist keine Partei. Vor zwei Jahren, zeitgleich mit der Bundestagswahl, sind mein Generalsekretär Frank Henkel und ich zum ersten Mal gewählt worden.



INTERVIEW MIT INGO SCHMITT

Die Partei pflegt seitdem zwischen allen Gliederungen einen sehr engen und gemeinschaftlichen Dialog. Nur in dieser Geschlossenheit konnten wir sofort nach dem zweitschlechtesten Ergebnis bei einer Landtagswahl in Berlin wieder so kraftvoll an die Arbeit gehen. Im Übrigen setzen wir gerade mit großem Erfolg unsere Mitgliederkonferenzen aus dem letzten Jahr fort. Und da wird in der Tat klar an

der Sache, wie zuletzt etwa über Entschuldungsalternativen diskutiert.

BR: Sie betonen die Geschlossenheit - passen Diskussionen dazu?

Schmitt: Aber sicher. Geschlossenheit, heißt nicht abgeschlossen sein. Dafür arbeiten Frank Henkel, Friedbert Pflüger und ich gemeinsam. Das gilt für die gesamte Berliner Union.



„... Dafür arbeiten Frank Henkel, Friedbert Pflüger und ich gemeinsam...“

Fortsetzung von Seite 1, Berliner Schulen

„Die Berliner Schulen brauchen dringend längerfristige und verlässliche Unterstützung und Mut zum Aufbruch“, sagt Sascha Steuer, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Diese Kommission erarbeitet in ihrem „Masterplan Bildung“ Vor-

schläge für die Verbesserung bei der frühkindlichen Erziehung, der Unterrichtsqualität, der Effizienzsteigerung des Schulsystems und der Vermittlung von Werten. Vorsitzende der Kommission wird die Bildungsexpertin und Kandidatin für das Amt der Schulsenatorin im

Regierungsteam des CDU-Spitzenkandidaten Pflüger bei der Abgeordnetenhauswahl 2006, Dr. Eva-Maria Kabisch. Als Stellvertreter werden Sascha Steuer und die Schulstadträtin von Reinickendorf, Katrin Schultze-Berndt, die Kommission leiten.

Fortsetzung von Seite 3, Tempelhof

Pflüger weiter: „Wowereit hat von Anfang an kein Interesse an einem förderlichen Gespräch mit den Investoren gehabt, sie sogar als ‚reiche Onkel aus Amerika‘ diffamiert. Er hat sich mit seiner absolut inakzeptablen Art gegenüber wohlwollenden Investoren um Berlin nicht verdient gemacht (vor Monaten signalisierte Herr Lauder, das von ihm erstiegerte Kirchner-Gemälde

‚Straßenszene‘ an Berlin zurückzuleihen, nun kam die Absage). Der Umgang mit Lauder/Langhammer war ein einziges Trauerspiel. Wowereit hat Schaden über Berlin gebracht. Nach diesen Schlagzeilen wird das internationale Interesse an Investitionen in der deutschen Hauptstadt sinken. Wowereit hat die Reputation Berlins, Investoren interessiert und freundlich

willkommen zu heißen, verletz. Der weltweit agierende Investor Lauder spricht im Sinne vieler Berlinerinnen und Berliner, wenn er sich ‚auf den Tag freut, an dem vom Berliner Rathaus und Senat wieder konstruktive und zukunftsorientierte Politik im Sinne der Stadt und ihrer Bürger ausgeht.‘ Berlin braucht keine neuen Wiesen, sondern neue Investitionslandschaften!“

UvO Union vor Ort – und willkommen!



Zu 15 Einsätzen rückte das „Kümmerermobil“ alleine im Monat Juni aus, war somit also jeden zweiten Tag im Einsatz. In Lichtenberg diente es als Treffpunkt für eine Veranstaltung im evangelischen Pfarramt, Tausende flanieren am UvO beim lesbisch-schwulen Stadtfest vorbei. In der Turmstraße stand das Mobil dann am 20. Juni als rollendes bzw. stehendes Bürgerbüro für Fragen an den Fraktionschef der BVV Mitte, Thorsten Reschke, be-

reit. Schlechtes Wetter, aber gute Stimmung gab es beim Beach-Turnier am Weissen-seer Weg, zu dem Astrid Jantz das UvO bat. Ebenso, wie die klassische Musik aus den Lautsprechern als Willkommen zur Mitgliederklausur des CDU-Kreisverbandes Lichtenberg. Auf dem Comeniusplatz in Friedrichshain-Kreuzberg gab es den größten Einsatz für die Kleinen. Götz Müller lud das Mobil zum morgentlichen Spielplatzputz.



(SICH) REGEN BRINGT SEGEN

Hart, aber erfolgreich war der Kampf, den die beiden Staffeln der CDU Pankow bei der 8. Berliner TEAM-STAFFEL im Tiergarten ihrer zahlreichen Konkurrenz und noch mehr dem strömenden Regen und den tiefen Schlammputzen lieferten. Dennoch hielten die Staffeln diesen widrigen Umständen nicht nur Stand, sondern konnten mit Team CDU Pankow 1 (Sascha

Brok, Thomas Schröder, Dr. Marco Michel, Günter Kellermann, Stefan Sonderrmann) mit Platz 150 unter den 2881 angetretenen Teams sogar einen tollen Achtungserfolg landen. Das zweite Team (Dirk Stettner, Wolfgang Krause, Jerzy Szczesny, Thomas Wagner, Conrad Felgner) brachte es zwar „nur“ auf Platz 2174, was aber der Laune keinen Abbruch tat.



CDU Pankow motiviert am Start: (hinten, v.l.n.r.): Dr. Marco Michel, Dirk Stettner, Günter Kellermann, Wolfgang Krause, Jerzy Szczesny sowie (vorne, v.l.n.r.): Stefan Sonderrmann, Thomas Wagner, Sascha Brok und Thomas Schröder

CDU HILFT PARKEISENBAHN WUHLHEIDE

Ende April dieses Jahres startete die Parkeisenbahn Wuhlheide einen dringenden Hilferuf mit der Bitte um Unterstützung. Durch

vorsätzliche Brandstiftung waren im April mehrere fast 100 Jahre alte Wagen der besonders bei Kindern und Familien beliebten Minieisenbahn stark beschädigt oder völlig zerstört worden. Jetzt ist der Fahrbetrieb und die Ausbildung für die vielen kleinen Parkeisenbahner stark eingeschränkt. Um all dies wieder zu ermöglichen, baten die Ortsvorsitzende Roswita Kirschniok und der Bezirksstadtrat Svend Simdorn auf dem Landesparteitag der CDU Berlin die Delegierten um eine Geldspende. Die gesammelten 230,00 Euro zur Wiederrichtung vernichteter Wagen konnten jetzt übergeben werden.



Svend Simdorn, Roswita Kirschniok und Fritz Niedergesäß

CSD MIT DER LSU BERLIN

In der Zeit vom 9. bis zum 23. Juni gab es im Zeichen des Regenbogens „stolz Wochen“ in Berlin. Zu den so genannten „Pride Weeks“ gehörten die „Respect Gaymes“, das lesbisch-schwulen Stadtfest rund um den Nollendorfplatz und nicht zuletzt traditionell der Christopher Street Day (CSD). An allen Veranstaltungen war die LSU-Berlin prominent vertreten.



Ein Sekt zum Start: Monika Thamm, Friedbert Pflüger, Jan Kaysen und Eike Letocha

Die Teilnahme am CSD war unter anderem mit der politischen Forderung an den rot-roten Senat verknüpft, die Pläne zur Schließung des Flughafens Tempelhof zu verwerfen, da so dringend benötigte Arbeitsplätze vernichtet werden. „Vielfalt sucht Arbeit“, lautet dann auch das diesjährige Motto des CSD. Das Stadtfest war für die LSU Berlin zugleich der Auftakt einer Mitgliederwerbekampagne, welche unter dem Motto „Ich bin wie ich bin“ bzw. „Wir sind wie wir sind“ steht. Eike Letocha, der Vorsitzende der LSU Berlin, zeigt sich äußerst zufrieden über den



Verlauf des Stadtfestes. Neben mehreren tausend Aufklebern mit dem Werbespruch wurden unzählige Flyer und Postkarten an die Besucher verteilt. Letocha resümiert: „Es macht sich langsam aber sicher bezahlt, dass sich insbesondere die CDU Berlin bereits seit mehreren Jahren für eine moderne und zukunftsfähige Familienpolitik einsetzt, in der auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften einen festen Platz haben.“



„MISS BUNDESTAG“ BEI TÜRKIYEM SPOR

Ein Kiezspaziergang, der mit zwei Einladungen endete. Die CDU Friedrichshain-Kreuzberg mit dem Vorsitzenden Wolfgang Wehrl, dem Mitglied des Abgeordnetenhauses Kurt Wansner und dem Ortsvorsitzenden Sedat Samuray waren mit Besuch aus dem Bundestag bei Türkiyem Spor zu Besuch.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Kristina Köhler (Bildmitte mit Mappe), die auch den Titel „Miss Bundestag“ trägt, begrüßte die hervorragende Jugendarbeit, die der Verein leistete.

Spontan lud sie eine Gruppe von jungen Sportlern in den Bundestag ein. Dies sei für die „Miss Bundestag“ insofern neu, als sie sonst nur Gruppen aus ihrem Wahlkreis in Wiesbaden – eine Partnerstadt von Friedrichshain-Kreuzberg – einlade. Kurt Wansner stand dem in Nichts nach und lud sowohl Vertreter des Vereinsvorstands von Türkiyem Spor als auch der Türkischen Gemeinde zu einer Veranstaltung im Abgeordnetenhaus von Berlin, auf der die CDU-Fraktion sich mit Integration befassen wird, ein.



CDU unternimmt was



Das gibt es natürlich auch in der CDU – Vereinsleben und Geselligkeit. Aber auch das nie ohne politischen Bezug. Diese Aspekte konnte etwa der Ortsverband Cöpenicker Dammvorstadt durch eine Busfahrt in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald miteinander verbinden (Bild oben). Der Vorsitzende Maik Penn und die Mitglieder des Ortsverbandes wurden vom Oberbürgermeister Dr. Arthur König im Rathaus empfangen. Ein andermal waren die Ortsverbände Nikolassee/Schlachtensee/Krumme Lanke und Karlshorst gemeinsam zur Führung im Mauermuseum am Checkpoint Charlie (Bild unten). Den beiden Vorsitzenden, Frank Mückisch und Maik Berendt, war neben dem historischen Bezug der Veranstaltung besonders das Sich-Kennenlernen der Mitglieder wichtig.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG

CDU-Landesverband Berlin, Wallstraße 14 A, 10179 Berlin

Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONS LEITUNG:

Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:

Dirk Reitze

REDAKTION:

Jan Luther, Frank Marten, Ada Wendel

LAYOUT und SATZ:

Verlag ante portas e. K.

BILDNACHWEIS

von oben links nach unten rechts:
S. 1: iStock Renee Lee, sonst Reitze; S. 2: Lüders, Reitze, 2 x privat; S. 3: Reitze, privat; S. 4: alle Reitze; S. 5: 2x Reitze, sonst Luther; S. 6: (CSD) Steckardt, 2x Reitze; sonst privat; S. 7: privat, Reitze, privat Förderverein Berliner Schloss e.V./eldaco, Rostock; S. 8: alle Reitze
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REVIERKONTROLLE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT

TÜRDIENST
GLAS- UND
GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH
Stralauer Allee 35 10245 Berlin
Tel.: 030- 29 33 94 - 0 Fax: 030- 29 33 94 - 11

DEM BAURECHT SEI DANK

KEIN RIESIGES ISLAMI(STI)SCHES KULTURZENTRUM IN NEUKÖLLNER WOHNGEGEND

Mit ehrgeizigen Bauplänen trat der Verein Inssan im September 2002 an die Neuköllner Bauabteilung heran: Ein sechsstöckiges Kulturhaus mit Moschee, insgesamt 9.000 m² Geschossfläche, großer Publikumsverkehr inklusive Problem: Gebaut werden sollte mitten in einem Wohngebiet, und da ist das Ausmaß der Nutzung auf ein sozialverträgliches Maß beschränkt.



Stefanie Vogelsang

Keine Frage also: Der entsprechende Bauvorbescheidsantrag wurde nach Recht und Gesetz abgelehnt.

Inssan e.V. ging in Widerspruch und warf der Bauverwaltung politische

Motivation vor – und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung unter Peter Strieder gab dem Widerspruch statt. Ein Fall von multikultureller Verwirrung? Erst nach Presseberichten und schließlich der Klage eines vom Megabau betroffenen Nachbarn hatte Herr Strieder endlich ein Einsehen und zog seinen positiven Bescheid zurück. Dagegen hat Inssan natürlich geklagt. Doch diese Klage hat das Berliner Verwaltungsgericht nun zurück-

gewiesen. Auch der engagierteste Moscheeverfechter wird nun wohl eingesehen haben, dass das Baurecht für alle gilt. Aber so einfach ist die Sache nicht. Das Inssan-Bauvorhaben hat noch eine zweite Ebene. Im Hintergrund wirkt Ibrahim el-Zayat mit, dem nicht nur der Verfassungsschutz engste Beziehungen zur islamistischen Muslimbruderschaft nach-

sagt. Selbst andere, gemäßigte Muslime misstrauen ihm. So fand Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland das unerbetene Erscheinen el-Zayats auf der Islamkonferenz befremdlich. Da muss man sich wohl fragen: Wie hätte die in dem geplanten „Kulturzentrum“ betriebene „Kultur“ wohl ausgesehen. Scharia als oberstes Gesetz, Antisemitismus, verschleierte Frauen?

Vorerst konnte durch das Baurecht ein obskures Projekt verhindert werden, eine grundsätzliche Lösung des Problems ist das aber nicht. Wohl gemerkt: Es geht hier nicht um die Einschränkung von Religionsfreiheit, Xenophobie oder gar Rassismus, auch wenn sich unsägliche, rechtsradikale Gruppierungen mit diesem Hintergrund in die Diskussion einmischen. Im Gegenteil: Es geht darum, dass die gewollte Integration von Bürgern islamischen

Glaubens, die ihre Religion auf dem Boden des Grundgesetzes ausüben, nicht unterwandert wird durch fundamentalistische Scharfmacher. Dieses Thema ist zu wichtig für die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft, um hier die Kommunen allein zu lassen, ausgestattet lediglich mit dem hierfür nicht gedachten und entsprechend nicht hinreichenden Baurecht.

von Stefanie Vogelsang



DER FALL KIRCHNER-BILD – WURDE BERLIN GESCHÄDIGT?

Ein berühmtes und teures Bild wird vom Land Berlin zurückgegeben. Jetzt tagt ein Sonderausschuss des Abgeordnetenhauses. Die Frage: Wie kam es zur Rückgabe des Kirchner-Bildes „Berliner Straßenszene“ von 1913, das in der Nazi-Zeit verkauft wurde und war dies rechtmäßig?

In einigen Sitzungen des Ausschusses konnte bereits eine Reihe von Verantwortlichen angehört werden. Darunter auch die Direktorin des „Brücke-Museums“, Frau Prof. Moeller. Diese berichtete, dass Staatssekretärin Barbara Kisseler die Angelegenheit als Geheimsache betrachtet hatte. So wurden auch die eigentlichen Verwalter des Bildes im „Brücke-Museum“ über den laufenden Vorgang kaum informiert. Doch das sei nicht die einzige Merkwürdigkeit. Nach der Aktenlage hat Frau Kisseler bereits zu einem Zeitpunkt, wo die internen Prüfungen über eine Rückgabepflicht innerhalb der Senatsverwaltung noch gar nicht abgeschlossen waren, gegenüber der Erbin die Möglichkeit der Rückgabe als wahrscheinlich bezeichnet. Der Sprecher der CDU-Fraktion im Sonderausschuss, Dr. Robin Juhnke, meint dazu: „Egal zu welchem Ergebnis man bei der Prüfung um die moralische Rückgabepflicht letztendlich kommt, kann man bereits jetzt feststellen, dass der Senat dilettantisch und unprofessionell vorgegangen ist. Man hat sich kaum um eine faire und gerechte Lösung bemüht und die gute Verhandlungsposition des Landes vorschnell aufgegeben. Somit ist der Senat verantwortlich für einen schweren Schaden zu Lasten des Landes Berlin.“ Diesen Vorwürfen wird sich Kisseler stellen müssen, diese ist mittlerweile zur Chefin der Senatskanzlei aufgestiegen und somit rechte Hand von Klaus Wowereit. Im Ausschuss hat sie bisher mit Hinweis auf ein gegen sie in derselben Angelegenheit laufendes strafrechtliches Verfahren noch nicht ausgesagt.

VON DER VISION ZUM HUMBOLDT-FORUM

Vor sieben Jahren hatte der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Klaus Dieter Lehmann, die entscheidende Idee zur Nutzung des neu zu errichtenden Gebäudes auf dem Schlossplatz: In Berlins Mitte soll ein Symbol entstehen, dass die Kultur in der Welt repräsentiert.

Hierfür bieten sich die Kunstsammlungen des Museums für Ostasiatische und des Museums für Indische Kunst sowie der Museen für Völkerkunde und für Europäische Kulturen an, die in Dahlem bisweilen ein Schattendasein fristen. Die Kulturen der Welt könnten



Monika Grüters

so auf dem Schlossplatz das Ensemble aus Museumsinsel, Humboldt-Universität und Stadt-, bzw. Staatsbibliothek ergänzen. In direkter

Nachbarschaft zur von Wilhelm von Humboldt gegründeten Universität würden die ethnographischen Sammlungen das Vermächtnis seines Bruders, des Völkerkundlers Alexander von Humboldt, verkörpern.

Zwar gibt es noch immer keinen verbindlichen Parlamentsbeschluss über das Programm des neuen Stadtschlusses, den gibt es „nur“ in Bezug auf die Fassade, die nach Westen und Süden hin der historischen Schlossfassade nachgebildet werden soll. Eine Fassade ohne Inhalt aber wird es nicht, denn dafür ist die Idee des Präsidenten der Stiftung Preußischer

Kulturbesitz zu bestechend. Deshalb hat seine Idee in der Republik auch Karriere gemacht. In jüngster Zeit scheint ihre Realisierung

sogar in greifbare Nähe zu rücken, wenn man den Berechnungen aus dem Bundesbauministerium trauen darf, die die Errichtung eines Stadtschlusses bis 2015 für machbar halten.

Würde die Idee umgesetzt, entstünde am Schlossplatz eine Konzentration an Museen, die selbst den Vergleich mit dem Louvre nicht zu scheuen bräuchte. Im Schlossneubau würden die außereuropäischen Länder und Sammlungen Quartier finden – als Pendant zur europäischen Kultur- und Kunstgeschichte auf der Museumsinsel. Entstehen

würde ein neuer, weiterer Anziehungspunkt, eine große touristische Attraktion. Es bedarf nun eines verbindlichen Beschlusses von Bundestag und

Abgeordnetenhaus über das Raumprogramm und die Bestimmung des neuen Stadtschlusses. Seit der Lehmannschen Idee vom Humboldtforum hat es Vergleichbares nicht gegeben. Mutig und dem Selbstverständnis der Bundesrepublik und ihrer Hauptstadt entsprechend wäre es, wenn es auch Raum für das Zeitgenössische einschlösse – für eine „Kunsthalle“ im neuen Stadtschloß, vielleicht nicht nur temporär? Dies alles wäre ein überzeugendes Bekenntnis der Kulturnation Deutschland zu ihrer neuen Mitte.

von Prof. Monika Grüters MdB



Förderverein Berliner Schloss e.V./eldaco, Rostock

NEUE/ALTE LINKE UND DER 17. JUNI



CDU-Chef Ingo Schmitt (Bild oben r.) und Frank Henkel bei der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni.



„Es ist geradezu frech, dass ausgerechnet an diesem Wochenende, an dem wir den Opfern und Ereignissen des 17. Juni 1953 gedenken, wieder dem Sozialismus gehuldigt wird“, erklärte der Generalsekretär der CDU Berlin, Frank Henkel, anlässlich des bundesweiten Gründungsparteitags der „Linken“. Bei zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft stieß die Gründung der neuen Linkspartei ebenfalls auf scharfe Kritik.

So attestierte der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, der „Linken“, dass das „alte SED-Gift“ weiter in ihr wirke. Auch Günter Schabowski, ehemaliges Politbüromitglied, bestätigte in einem BILD-Interview, dass immer noch „eine Menge“ SED in der neuen Linkspartei stecke. „Die Leute, die in der Linkspartei das Sagen haben, sind alles gestandene SED-Funktionäre“, so Schabowski. Die neue Partei „Die Linke“ hatte sich Mitte Juni aus der Fusion der Parteien PDS (ehemalige SED) und WASG gegründet. Neben dem Gründungszeitpunkt, der ausgerechnet mit dem 54. Jahrestag der blutigen Niederschlagung des DDR-Volksaufstandes durch das SED-Regime zusammenfiel, wurde auch das Gründungspapier der neuen Linkspartei heftig verurteilt. Angesichts ihrer aktuellen Selbstbekenntnisse sollte die Partei besser wieder ihren alten Namen „Sozialistische Einheitspartei“ annehmen, so CDU-Generalsekretär Frank Henkel. „Es ist unerträglich, dass noch nicht einmal 18 Jahre nach dem Scheitern des deutschen Sozialismus Bisky und Lafontaine wieder diese überholte Ideologie predigen und ausdrücklich die Systemfrage stellen. Kaum noch verdeckt werden im Gründungspapier bereits Enteignungen propagiert“, so Henkel weiter. Jeder Demokrat müsse davon aufgerüttelt sein. Henkel: „Den Regierenden Bürgermeister, der in diesen Stunden den Opfern des 17. Juni allerorten gedenkt, fordere ich auf: Er-

klären Sie sich zu den Positionen Ihres Koalitionspartners und wenn Sie das Gedenken heute ernst meinen, trennen Sie sich von ihm.“

Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Ingo Schmitt, betonte bei der Gedenkfeier der Christdemokraten zum Jahrestag des 17. Juni 1953 die Notwendigkeit des Erinnerns an die Opfer der kommunistischen Herrschaft und das unbeirrte Eintreten für Freiheit und Demokratie. Bei der Veranstaltung an dem Denkmal vor dem Finanzministerium an der Wilhelmstraße, Ecke Leipziger Straße ehrten die Anwesenden die Opfer des Volksaufstandes mit einem Kranz und orangenen Rosen. Ebenso wie Schmitt tritt sein CDU-Bundestagskollege, Kai Wegner, für die Wiederanbringung von Gedenktafeln am Ministerium ein. Wegner fordert den Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) auf, die Gedenktafeln zum 17. Juni 1953 wieder an der Fassade seines Amtsitzes anzubringen: „An diesem Platz formierte sich der Aufstand gegen das DDR-Obrigkeitsystem und hier muss dem 17. Juni auch angemessen gedacht werden - Erinnerung braucht Authentizität.“

Die Gedenktafeln der Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V., die die Fotos des Arbeiteraufstandes zeigen, wurden auf Verlangen des BMF demontiert. „Jetzt ergibt sich die absurde Situation, dass an der Fassade das „süße Leben des Sozialismus“ gepriesen wird, wo Menschen für Freiheit und Gerechtigkeit ihr Leben gelassen haben. Hier trägt das Bundesfinanzministerium als auch der Berliner Senat eine Verantwortung gegenüber den Opfern der SED-Diktatur, dieses verzerrte Geschichtsbild wieder gerade zu rücken“, fordert Wegner. Die Gedenktafeln sind genauso wie die Mauerkreuze rund um den Reichstag für den CDU-Politiker „ein historisches Dokument deutscher Geschichte und unerlässlich für das Geschichtsbewusstsein aller Deutschen.“

INFO-
COUPON

Berlin kann mehr - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Telefax _____

eMail _____

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin
Wallstraße 14A
10179 Berlin
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0
Fax: 0 30. 32 69 04 -44
eMail: cduberlin@cduberlin.de

